

1 **Ar-12**

2 **Antragsteller: UB Steinfurt**

3

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5

6 **Quote für prekäre Arbeitsverhältnisse**

7

8 Eine maximale Quote von 5 v. H. wird für so genannte
9 „prekäre Arbeitsverhältnisse“ (Zeitarbeitsverträge, Leih-
10 arbeitsverträge, Minijobs, 450,- € – Jobs sowie Prak-
11 tикantentätigkeiten in geringer Vergütung) – für Firmen
12 mit mehr als 10 ganzen Arbeitnehmern gesetzlich ver-
13 ankert.

14

15 Ferner ist dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechen-
16 den Regelungen effektiv kontrolliert werden können,
17 vor diesem Hintergrund ist die Zahl der entsprechenden
18 Zoll- bzw. Finanzbeamten angemessen zu erhöhen.
19 Weitere Detailregelungen sind durch die Bundestags-
20 fraktion zu erarbeiten.

21

22 **Begründung**

23 Die Regelungen zu Leiharbeits- und sonstigen prekären
24 Arbeitsverhältnissen wurden in den vergangenen
25 Jahren durch eine Vielzahl von Firmen sehr stark in
26 Anspruch genommen. Dies führte zu Auswüchsen, dass
27 Regelarbeitsverhältnisse durch Niedriglohnverhältnis-
28 se ersetzt werden, unter Hinweis auf die Möglichkeit
29 einer staatlichen Aufstockung Niedriglöhne gezahlt
30 werden und unbefristete sozialversicherungspflichtige
31 Arbeitsverhältnisse mittlerweile die Ausnahme und
32 nicht mehr die Regel sind.

33

34 Dieser Entwicklung gilt es entgegenzutreten. Ein Mittel
35 kann hierbei die quotenmäßige Beschränkung entspre-
36 chender Arbeitsverhältnisse innerhalb eines Unterneh-
37 mens sein. Dieser Weg wurde in einigen Betrieben be-
38 reits beschritten, so hatte Opel in Bochum beispielswei-
39 se die Quote auf ca. 3,5 % und die Fa. Miele auf 2,5 %
40 festgelegt. Eine Grenze von 5 % sollte daher ausreichend
41 sein, ist aber auch notwendig, um zu verhindern, dass
42 Stammarbeitsplätze übermäßig durch schlecht bezahl-
43 te Arbeitsplätze ersetzt werden.

44

45 Gemäß einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung aus Ja-
46 nuar 2018 sind in Deutschland 39,6 Prozent der Ar-
47 beitnehmerInnen atypisch beschäftigt (somit nicht in
48 Vollzeitstellen), 10% der Arbeitnehmer arbeiten (trotz
49 der gesetzlichen Regelung) unter Mindestlohn – es ist
50 vor dem Hintergrund unserer Grundhaltung bzw. un-
51 serer Überzeugung zwingend, unbefristete, sozialversi-
52 cherungspflichtige Tätigkeiten und damit auch tarifli-
53 chen (Lohnsummen) weiter zu stärken.

54

55 Im Falle des Beschlusses ist dieses gleichzeitig auch
56 ein Medium, die Notwendigkeit der Inanspruchnahme
57 staatlicher Zusatzleistungen sowie als Folge die Alters-
58 armut zu verhindern. Gleichzeitig werden die Familien
59 auf eine deutlich verbesserte wirtschaftliche Basis ge-

**Empfehlung der Antragskommission:
Überweisung an SPD-Bundestagsfraktion**

60 stellt und erhalten eine höhere finanzielle Stabilität so-
61 wie Planungssicherheit.